

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr.
Börsenbericht und Fremdenliste.

Druck und Eigentum der Herausgeber: Kleschy & Reichardt in Dresden. Verantw. Redacteur: Ernst Kleschy in Dresden.

XXII. Jahrgang.

Mitredacteur: Dr. Emil Biercy.
Für das Feuilleton: Ludwig Hartmann.

Dresden, 1877.

Für den Monat December

werden Abonnements auf die „Dresdner Nachrichten“ in der Expedition, Marienstraße 13, zu 90 Pfennige, sowie für auswärts bei den Postanstalten zu 95 Pfennigen angenommen.

Politisches.

Einen Eintagsfliegen-Charakter hat das neue Ministerium Mac Mahon's nun gerade nicht. Es richtet sich vielmehr häuslich ein. Der neue Minister des Aeußeren, v. Bismarck, richtet ein Rundschreiben an das Ausland, dem er erklärt, daß er die friedliche Politik seines Amtes-Vorgängers fortsetzen wolle. Die übrigen Minister aber thun so, als existire gar kein Kammer-Verschied, der einen Vertheil zwischen der Kammer und der Regierung als unzulässig erklärt hat. Sie leben munter fort trotz des Urtheils, das sie zu Tode verurtheilt. Man wollte sie behandeln, als ob sie nicht existirten; wenn sie sprächen, ihnen nicht antworten; wenn sie Gesetze einbrächten, diese nicht an die Ausschüsse verweisen. Statt dieser Verweise führt die Kammer das Gegenstück aus. Das Ministerium verlangt Beschlußfassung über die Forterhebung der direkten Steuern und der Finanz-Ausschuß der Kammer tritt in Verathung dieses Gegenstandes. Bei solchem Widerspruch zwischen stolzen Worten und kleinmüthigem Handeln möchte man glauben, daß die Verfassungs-Wirren weder im Wege der Revolution oder einer blutigen Diktatur, sondern durch ein Zurückweichen der Republikaner beendet werden, daß Mac Mahon schließlich doch seinen Willen durchsetzt und Gambetta, wenn auch unter lärmenden Protesten, nachgibt.

Mewna's baldiger Fall wird russischerseits als der passendste Zeitpunkt für Eröffnung von Friedens-Unterhandlungen betrachtet. Wohl möglich, daß die unvermeidlich scheinende Capitulation Deman's der Diplomatie Russlands Anlaß bietet, wieder sich des Wortes Frieden zu entziehen. Und wenn sie Bedingungen aufstellt, deren innere Berechtigung von Europa anerkannt würde, so wäre der gesegnete Tag des Friedens scheinbar nicht mehr all zu fern. Zunächst aber sind wir mißtrauisch. Die Verfassung eines der Hauptstützen des Krieges, des Reichsgrafen Ignatjew, in's russische Hauptquartier muß an der Aufrichtigkeit christlicher Friedensliebe zweifeln lassen. So lange die russischen Waffen Niederlage auf Niederlage erführen, stand Ignatjew in Ungnade beim Caren; seitdem aber der Herbst den Vorbeug zu arg zerpflicht hat, wachen der Sommer um die türkischen Fahnen geworden, kam Ignatjew wieder zu Ehren. Mit Besorgniß muß man daher sehen, wie dieser ewige Unruhstifter seine nervösen Hände ausstreckt, um den Friedensfaden zu spinnen. Würde z. B. Rußland solche Forderungen erheben wie die, daß ihm die gesammte türkische Flotte ausgeliefert, die Durchfahrt durch die Dardanellen ausschließlich russischen und türkischen Kriegsfahrzeugen gestattet, denen anderer Mächte aber untersagt würde, so daß keine deutsche oder englische Fregatte in's Schwarze Meer segeln, russische Kanonenboote aber vor dem Goldenen Horn zur Einschiffung des Sultans anfernt dürften, dann wäre aller Welt klar, daß Rußland nur zum Scheine sich in Friedens-Verhandlungen während des Winters einläßt, um im Frühjahr den Krieg im größten Maßstabe fortzusetzen. Woher käme es, daß der Jar am Vorabend seines Sieges die verachteten und von ihm selbst als Feiglinge gebrandmarkten Serben als Bundesgenossen in den Krieg zerrt? Dringt er bloß auf die endliche Leistung der schon vorausbezahlten Kriegsdienste? Die Worte traut offenbar den Russen die Absicht eines Frühjahrsfeldzuges zu, denn sie stellt ein Heeres-Contingent von 150,000 Mann auf. Hinzu kommt es mit dem Entschlossenen Mehemed III's nicht besonders; seine Organisation ist mangelhaft; es fehlt an Train. Voraussichtlich ist er nicht im Stande, Osman die Hand zu reichen und daselbst gilt von dem Heere Suleiman's, der verschiedene Vorstöße gegen die Kreuze des russischen Thronfolgers unternimmt, aber dabei stets den Kürzeren zieht.

Im preussischen Abgeordnetenhause wahren die sogenannten Kulturkampf-Debatteu schon den fünften Tag. Selbst die dauerhaftesten Abgeordneten bringen es nicht mehr über sich, die unangenehme Male dreizehntägigen Thymen über die Herrschaftsgelüste der römischen Kirche und die Ueberschneidung der Staatsgewalt mit anzuhören. Bei solchen Anschuldigungen und Klagen von links und rechts leeren sich die Bänke und das Büffet fällt sich. Höchstens die Gattinnen der Abgeordneten, die auf der Tribüne zuhören, harren aus, ihrem Namen, „parlamentarische Wartefrauen“, Ehre machend. Der national-liberale Abgeordnete Götting schilt die Merkwürdigkeit „Marionetten-Roms“ und der sonst so schmeichele Merklal v. Schorlemer antwortet mit der Retourkutsche, daß die National-Liberalen „Marionetten Bismarck's“ seien; was kommt dabei heraus? Schorlemer behauptet, die sittlichen Zustände des unter dem Räuber-Umwelt lebenden Süd-Italien seien besser als die jegige moralische Verfassung Berlins; särmliche Heiterkeit begleitet diese Worte. Unwillen erregt seine Behauptung, die Nachwelt werde über den heutigen Kulturkampf so urtheilen, wie über die Tiberiusse und Nero's. Der Kultusminister Fall lehnt die naive Forderung der Errichtung einer rein katholischen Universität auf preussische Staatskosten ab und erklärt, daß sein Unterrichts-Gesetz auf bedeutende finanzielle Schwierigkeiten stoße. So geht's nun schon fünf Tage; die Phrasen von Götting, Schorlemer, Kulturkampf, Jesuiten-Verdummung u. dergl. schmecken Niemanden mehr, aber sie werden doch immer wieder vorgebracht. Sicher ist nur Eins, daß unter dem wüthen Oehen Rom's die preussischen Katholiken ihre deutsche Gesinnung nachgerade einbüßen und daß sich in einigen katholischen Gegenden, die sonst durch Sittenstrenge sich auszeichneten, jetzt ziemlich Entfittlichung um sich greift.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachrichten.“

Petersburg, 29. November. Die von Paris aus verbreitete Nachricht, nach dem Falle von Mewna werde ein Waffenstillstand

geschlossen, wird von der officiellen „Agence Russe“ als unrichtig erklärt. Russischerseits werde kein Waffenstillstand zu gedachter Zeit beabsichtigt.

Locales und Sächsisches.

Man erwartet im Landtage in den nächsten Tagen den Eingang des in der Thronrede angehängten Gesetzentwurfes über Reform des Einkommensteuerergesetzes. Der Entwurf hat im Finanz- und Gesamtmministerium verschiedene Abänderungen unterlegen, ehe er seine jegige Gestalt erhielt. Namentlich hat auch Sr. Maj. der König, der dieser Materie seine besondere Aufmerksamkeit widmet, mehrfach, wie wir in Erfahrung bringen, persönlich die Initiative ergriffen, um den Entwurf verschiedener Umgestaltung zu unterwerfen. Die 2. Kammer wird jedenfalls eine besondere Deputation niedersehen, um diesen wichtigsten Verathungsstoff des Landtages zu prüfen. Derselbe bezieht sich auf die Personal- und Gewerbesteuer, die jetzt noch beinahe das 1/2 ihres Vollwerthes erhoben wird, vollständig. Nicht so radical verfährt er mit der Grundsteuer, dieselbe bleibt vielmehr bestehen, jedoch soweit möglich, daß ein für alle Mal und unverändert 4 Pfennige pro Einheit erhoben, daneben aber auch noch das Einkommen vom Grundbesitz nach Maßgabe der allgemeinen gültigen Einkommensteuer-Skala besteuert werden soll. Gegen diese Heranzugung des neuen Entwurfes bereiten die Vertreter des platten Landes in beiden Kammern einen Feldzug vor. Sie finden es ungerecht, daß der Grundbesitz allein einer doppelten Steuer unterworfen sei; sie wären bereit, sogar 5 Pfennige pro Einheit, statt der vorgeschlagenen 4 Pfennige, zu bewilligen, wenn noch eine Vermögenssteuer eingebracht würde. Wo: der Grundbesitzer zahle künftig 4, euer 5 Pfennige pro Einheit und nach Bedarf so und so viel Simpla Einkommensteuer, aber auch der Besitzer jedes anderen Vermögens, bestes dieses in Werthpapieren, Fabricen, Waarenlagern, Bergwerken u. s. w., zahle auch ein zweites Mal, einmal nach dem Ertrage seines Vermögens, sodann für das Vermögen überhaupt. Dies wäre also bei vorgenannten Steuerpflichtigen immer eine zweifache Besteuerung. Einfach soll von der Einkommensteuer fernerhin nur betroffen werden das Einkommen der Beamten aller Art und die Arbeitelöhne, kurz alles Einkommen, was aus Kopf- und Handarbeit fließt und zu dessen Erlangung kein Kapitalbesitz, nenne er sich Grund und Boden oder Vermögen oder sonstwie, mitwirkt. Diesem Vorschlage scheint auf den ersten Blick ein gerechter Gedanke zu Grunde zu liegen. Um denselben aber klarer ausführen zu können, erscheint es unerlässlich, daß der Grundbesitz vorher noch einer neuen Abschätzung (Bonification) unterworfen werde, sonst besteuert man alles andere Einkommen voll und das aus dem ländlichen Grundbesitz nur zum Theil.

Landtag. In der 1. Kammer erfolgte gestern der Widerhall der Montagsdebatte in der 1. Kammer. Der ungeschickliche Anlaß hierzu war eine Petition der Gemeinde Lauenstein um Errichtung eines Amtsgerichts. An das Reichsgericht des Abg. Lehmann über diese Eingabe lautete die Antwort des Reichsgerichts eine längere Darlegung der Gründe, welche die Regierung zu einer Veränderung der Gerichtsämter veranlassen. Sie beabsichtigt die Einführung der Reichsjustizgesetze am 1. October 1878 bis 1880 Amtsgerichte einzusetzen oder richtiger die bestehenden Gerichtsämter mit Aufhebung der 12 bis 16 in solche umzuwandeln. Eine Vorlesung hierüber soll dem Landtage noch werden. Die Reichsregierung motivirte Redner damit, daß die kleineren Bezirke schwerer zu verwalten seien und die wünschenswerthe Mehrmännigkeit in der Rechtsprechung hundert. Solche kleine Bezirke bestanden hätten nur so lange ihre volle Gerichtsbarkeit, als die Justizpflege und die Verwaltung vereint seien. Nach der Trennung beider haben sich schon jetzt Unzulänglichkeiten gezeigt. Schon jetzt gebe es Gerichtsämter, die nicht ausreichend besetzt sind, so daß man die Vorstände nicht ausreicht besetzen könne, so daß man die Vorstände nicht ausreicht besetzen könne, so daß man die Vorstände nicht ausreicht besetzen könne. Durch die neue Gerichtsverfassung würde der Wirkungskreis der Amtsgerichte noch mehr vermindert. In so kleinen Bezirken würde sich schwerlich ein Sachwalter niederlassen und endlich sei in denselben die Wahl geeigneter Sachverständiger, Abg. Schreyer erklärte, daß die angeführte Vorlesung den Stand nicht bloß zur Kenntnissnahme, sondern zur Vertheilung, vorgelegt werde. Am liebsten hätten die Stände Anstand, das sei ihr konstitutionelles Recht. In Preußen habe man die Gerichtsvertheilung vertheilt. Ähnlich sei in der 1. Kammer geäußert worden: wir haben es hier nur mit Sachverständigenangelegenheiten zu thun, andere Staaten summieren uns nicht. Er sage dann, wir haben es hier mit der Veränderung der Reichsjustizgesetze zu thun und in diesem Punkte müssen wir uns auch in anderen Ländern umsehen, damit wir uns nicht Separatirriditionen treffen. Abg. Dr. Seydau: In der 1. Kammer sei der preussische Richterstand in einer Weise angegriffen worden, die weder angeht, er sich schämen würde. Man habe eine Besetzung auf die Vertheilung anderer Bundesstaaten als nicht zulässig anerkennen wollen, er halte eine solche Besetzung sogar für nicht; es sei notwendig, daß wir die Besetzung denken, die und namentlich unter Nachbarschaft Preußen gebe. Er wolle sich vertheidigen, zu constatiren, daß die in der 1. Kammer geäußerten Thesen nicht der Meinung des sächsischen Volkes Ausdruck gegeben haben. Sehr zu beklagen sei es, daß jetzt, da wir einen deutschen Reichstag in Sachsen bekommen, ein großer Theil des deutschen Richterstandes darauf herabgesehen werde. Abg. Schreyer: Der Regierungsvorschlag habe immer nur von ganz kleinen Gerichtsämtern gesprochen und deren Aufhebung als wünschenswerth bezeichnet; es würden aber auch größere Kreise angegriffen, Richter, die ausreißend genug beschäftigt seien. Durch die Reichsgerichte würde die Arbeit der Amtsgerichte nicht vermindert, sondern eher vermehrt. Das Bedenken, es würden sich in den kleinen Amtsbezirken keine Advokaten niederlassen, stelle er nicht; freilich wenn die Anzahl der Justizminister durchgesetzt werde, monach die Amtsanwälte lediglich auf die Amtsgerichte beschränkt bleiben sollen und die Sache ihrer Klienten vor den Landgerichten nicht vertreten dürften, so würden nur noch Advokaten 2. und 3. Ranges für die Amtsgerichte zu haben sein. Er erkläre sich für die Beibehaltung der kleinen Gerichtsämter, weil er nicht wolle, daß den Vätern die Rechtspflege theurer und weniger zugänglich gemacht werde. Abg. Justizrath Sedrich: In Preußen habe, wie aus der dem Abgeordnetenstand gemachten Vorlesung hervorgehe, das Justizministerium aber Einrichtung und Sitz der Amtsgerichte zu ent-

scheiden. Abgeordneter Hartwig verlangt vor allem eine bessere Vertheilung der Gerichtsämter; besonders für Marktorten bestreitet er die Beibehaltung des Gerichtsamtes. Sedrich erklärt, daß er mit den Ausdrücken Freitag's fast vollständig einverstanden. Man möge doch erst die Erörterungen zur Grund der neuen Gerichtsvertheilung abwarten, ehe man durch eine Aufhebung von Gerichtsämtern dieses Wort mache. Abg. Wundt glaubt nicht, daß es sehr gerathen war, bei einer Vertheilung über eine Petition und Aussagen auf Veranlassungen in der 1. Kammer zuzufassen und so Differenzen mit der 1. Kammer herbeizuführen, noch dazu da man den Vorwurf der gestellten Veranlassungen nur auf Petitionslücken lenke. Er behauptet, daß heute die Angelegenheit vertheilt und so keine Petitionslücken, welche erst den sächsischen Landtag für „langweilig“ bezeichnen, neue Gelegenheiten darauf zuzufassen anbieten würden sei. Es könne dies nur dazu beitragen, unser freies Verhältniß zu den Nachbarstaaten zu gefährden. Abg. Lehmann: Ihm sei es am angenehm, wenn man mit der 1. Kammer in Einklang verbleibe; aber noch eher möchte er die Einklang mit einem Bundesstaate. Er glaube übrigens auch, daß die betr. Vertheilung anders gelaufen wäre, als sie in den „Petitionslücken“ wiedergegeben worden sei, sonst würde doch dem Ministerium darauf geantwortet werden sein. Hiermit will die A u e n f e i n e r Petition der Regierung zur Kenntnissnahme übergeben, ebenso eine Petition der Stadtverordneten zu A o h r e w e l t um Errichtung eines Landgerichts, während man noch vorher eine Petition der Gemeinden des Gerichtsamtsbezirks W u r g s t ä d t um Begründung eines Wasserbaues t e r t e i l, eine Beschwerde des Reichsbergsamts in Oelschitz bei Seibitz und eine Petition des Instrumentenmachers J a r e m o w a u f sich beziehen ließ.

Unter einer ganz ungewöhnlich starken Beschäftigung gingen gestern die Stadtverordnetenwahlen vor sich. Der Wahllokal fanden mindestens 6, vor einzelnen sogar 9 Stimmzettelvertheiler mit Schildern am Leibe und man mußte förmlich Spickzettel lausen, ehe man seine Pflicht als Wähler erfüllen konnte. Die National-Liberalen hatten für ihre dreifachen Wahlen auch 3 Colporteuristen und mit ihnen vertheilten die Wähler die Socialdemokraten, welche sich alle Mühe geben, ihre Stimmzettel an den Mann zu bringen. In dem Wahllokal „Amalienhof“ gingen dieselben so weit, ein Plakat mit der Aufschrift „Keine Advokaten!“ an die Thür des Wahllokals selbst anzuhängen. Der Wahlvorstand, Stadtrat W a l t h e r, ließ dasselbe entfernen. Darauf drang der bekannte Director Altmich in's Wahllokal, beschwerte sich in heftigen Ausdrücken darüber und ließ Worte wie „Diebstahl!“ lauten. Der Wahlvorstand drohte ihn arretiren zu lassen. Altmich entsetzte sich und verließ das Wahllokal beim Herrn Bürgermeister Altmich Beschwerde zu führen. Sein Ankommen wurde jedoch abgewiesen. Die Socialdemokraten hatten ihren ganzen Eifer dem Angeboten; andererseits erschienen in dem Wahllokalen zahlreiche Lehrer und Beamte vor den Urnen. — Er. A. v. dem Verein Georg passirte, als er in Reinhold's (Stadthaus) seiner Bürgerpflicht nachkam, daselbst, was einst dem Herrn Wilmard in Berlin widerfuhr. Ein Socialdemokrat drängte ihm einen entzündenden Wählzettel an. „Soweit sind wir noch nicht“, hatte damals Herr Wilmard geäußert. Er. A. v. nahm den Wählzettel, las die socialdemokratische Liste durch und gab sie dann mit den Worten zurück: „Danke sehr, ich bin schon mit einem Stimmzettel versehen.“ Es bedarf eine große Mäßigkeit dazu, dem Feinde zuzumischen, Herr Altmich zu wählen.

Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten am 28. Novbr., unter Mitwirkung des Herrn Bürgermeister Altmich und der Herren Stadträte G e u b n e r und Z e u d e r t. Mit dem im Wahl 1. 3. gestellten Antrag, eine Untersuchungscommission wegen der in diesem Jahre vertheilten Wählzettel aus der gebirglichen Stadtverordnetenversammlung vom 21. April d. J. die Wahl des Oberbürgermeisters betreffend, waren die Stadtverordneten auf einen Vorschlag, dessen Ziellosigkeit nicht un schwer voraussehen war, um so weniger, als bereits früher einige ähnliche Fälle gänzlich erfolglos im Sande verblieben. Der Stadtrat hat seinerseits, soweit es ihm möglich gewesen, dem Entzage des Colporteuristen Folge gegeben und weil der Redacteur dieses Blattes haben übertrifft wieder, soweit es ihnen möglich gewesen, die Aufträge des Rathes beamtet. Da aber — und das theilt jetzt der Stadtrat den Stadtverordneten als Resultat der ganzen Untersuchung mit — auf die Erklärung des H. v. M e r e y: er wolle sich zu seiner weiteren Angabe für verantwortlich erklären, als daß er den betreffenden Artikel geschrieben habe, nichts weiter gehen werden könne, so mußte nach dieser Richtung hin eine Entscheidung gefaßt werden; seine definitive Bestimmung ermächtigte ihn (den Stadtrat), in diesem Falle keinen Vorschlag zu machen, sondern die Angelegenheit zu beenden. Das Colporteurium nimmt von der Vertheilung des Rathes ohne jeden Kenntnis und begründet so flagrant die Vertheilung der Wählzettel. Es wird eine zweite Petition der Einwohnervierteltheile dieser Stadt abgelehnt, die Pensionirung des Bergwerksaussehers Sedrich vom 1. December d. J. ab bewilligt, der Gewährung und Vertheilung des am 1. October d. J. ab bewilligten Antrages u. s. w. zu bestimmen. — Das Comité der Kinderkranke für den Antonsplatz hat sich an den Stadtrat um den Grund und eine vorläufige Unterstützung gewandt, der Finanzcommissar berichtet darüber und schlägt eine einmalige Unterstützung mit 300 M. für 1878 vor, wobei er sich dahin ausdrückt, daß die Errichtung einer Kinderkranke rechts der Elbe durch Beiträge aus sächsischen Mitteln zu unterstützen nicht für ratsam zu erachten sei. Die Herren Stadträte G e g e r und Buchdrucker Sedrich treten lebhaft und warm für die in anerkennenswerther Weise von einigen Wohlthätern in's Leben gerufene Anstalt auf. Vertreter bringt sogar einen Antrag ein, man möge die Anstalt vertheilen, doch möglichst mit 600 M. jährlich unterstützen, der „berveinigte“ Geist behält aber die Oberhand und so bleibt es bei den 300 M. und der der Anstalt wenig Förderung gebenden Erklärung. — Ein eigenthümlicher Fall liegt vor, ein solcher, wegen dessen der Rath den Stadtverordneten — wie Stadtr. Sedrich sagt — zurufen könnte: „Sie wissen, weiß Gott, nicht, was sie wollen!“ Vor einiger Zeit beantragte der oben genannte Herr, man möge den Stadtrat um Anbringung von Schildern an den Häusern erlauben, auf denen genau gekennzeichnet sei, wo die Haupt- und Abflusshöhle der Wasserleitung vor jedem Hause liegen, damit in der Zukunft die vielfachen Schäden und Gefahren vermieden werden, die daraus bislang entstanden sind, das das betreffende Veronal des Wasserwerkes bei Rohrbrüchen und dadurch entstandenen Uebelstimmungen, anstatt nach den

Die erste Nummer des Dresdner Nachrichten ist die 834. und ist am 30. November 1877 erschienen. Der Preis beträgt 10 Pfennige. Die Expedition ist in Dresden, Marienstraße 13, zu finden. Die Redaktion ist in Dresden, Marienstraße 13, zu finden. Die Druckerei ist in Dresden, Marienstraße 13, zu finden.